

IN KÜRZE

Einen Monat lang keine Züge fahren wegen umfangreicher Modernisierungsarbeiten am Bahnhof Heide (Dithmarschen) an der Westküste Schleswig-Holsteins. Fernreisende zwischen Hamburg und Sylt müssen ab dem 29. Oktober in Hamburg auf die Regionalbahn umsteigen und über Neumünster und Schleswig oder Kiel die Baustellen umfahren. +++ Mehr Geld für Hochwasserschutz und energetische Sanierung kann das Land Niedersachsen ausgeben. Nach Angaben der Staatskanzlei beschloss das Kabinett, rund 306.000 Euro aus kommunalen Förderpunkten in den Landeshaushalt umzuschichten. Die Bundesmittel seien ur-

sprünglich für die Schwerpunkte „Hochwasserschutz im Binnenland“ und „Altlastensanierung“ vorgesehen gewesen, von den Kommunen aber nicht verwendet worden. +++ Spitzenplätze in Sachen Straßenkriminalität nehmen die Städte Bremen, Emden und Neumünster ein: Dort kommen auf 100.000 Einwohner mehr als 4.000 Fahrraddiebstähle, Autoeinbrüche oder Raubüberfälle. Das ergab eine Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes. Durchschnittlich registrierten die Behörden demnach 1.306 Straftaten je 100.000 Einwohner in den Landkreisen, in den kreisfreien Städten waren es 2.687 Fälle. +++



„LISCO GLORIA“-BRAND Fettklumpen wohl ungefährlich

Keine Gefahr geht nach offiziellen Angaben von den an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste angeschwemmten Fettklumpen aus. Bei den untersuchten Proben handle es sich um pflanzliches oder tierisches Fett, teilte gestern das Umweltministerium in Kiel mit. Nur an einer Probe seien Spuren eines Lösungsmittels oder Reinigungsmittels auf Mineralölbasis gefunden worden. Die in der Eckernförder Bucht und bei Falshöft angespülten Klumpen stammen vermutlich von der Fähre „Lisco Gloria“, die vor Fehmarn in Brand geraten war. (dpa)

KARMANN-BELEGESCHAFT Für einige besteht Hoffnung

Eineinhalb Jahre nach der Insolvenz des Cabrio-Bauers Karmann hat eine kleine Rumpfbelegschaft von 621 Beschäftigten nun gute Chancen, Unterschlupf im Volkswagen-Konzern zu finden. Neben 292 Mitarbeitern aus der Entwicklung will VW auch 329 Kollegen aus Presswerk, Werkzeug- und Anlagenbau in sein neues Osnabrücker Werk übernehmen. Das sieht das gestern vorgestellte „Erwerberkonzept“ vor. Anfang vorigen Jahres beschäftigte die Karmann-Gruppe noch 4.247 Mitarbeiter. Im April 2009 meldete das Unternehmen Insolvenz an. (dpa)

UND HEUTE?

... wird ein Gericht geehrt

Oft und viel wird über Gerichtsurteile gesprochen. Selten dagegen ist, dass nicht das Urteil, sondern das Gericht als Betrieb in den Mittelpunkt des Interesses gerät. Passieren wird das heute dem Oberlandesgericht in Schleswig. Die Verantwortlichen dort ließen zwei Zimmer barrierefrei umbauen, organisierten elektrisch höhenverstellbare Schreibtische, spezielle Aufhängvorrichtungen für Computer und ein barrierefreies WC. Geschehen ist das, um einer querschnittsgelähmten Frau ih-

re Arbeit zu ermöglichen. Außerdem beschäftigt das Gericht in seiner Bücherei eine Frau mit einer psychischen Erkrankung als Praktikantin – auch hier könnte es mittelfristig zu einer effektiven Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt kommen. Aller Ehren wert findet das der Sozialverband Deutschland (SoVD): Seinen diesjährigen Integrationspreis bekommt heute um 11 Uhr vor Ort das Gericht verliehen.

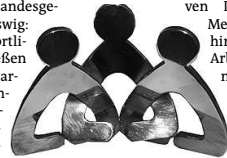


Foto: SoVD

UWE SCHWENKER, EX-THW KIEL-MANAGER

Der Schattenmann

Uwe Schwenker war mal Manager der Handball-Profis des THW Kiel, und er ist immer noch ein Mensch mit einflussreichen Freunden. Zu denen gehört zum Beispiel Herrmann Langness, der Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Bartels-Langness, die über ihre Familia-Märkte das

Strafkammer derzeit eingehend, so ein Gerichtssprecher. Die Entscheidung werde aber nicht vor Mitte November fallen. Die Anklage wirft Ex-THW-Manager Schwenker vor, zusammen mit dem damaligen Trainer Zvonimir Serdarušić das Champions-League-Final-Rückspiel am 29. April 2007 zwischen dem THW und der SG Flensburg-Handewitt manipuliert zu haben. Der THW siegte knapp. Laut Anklage ließen Schwenker und Serdarušić den beiden Schiedsrichtern einen fünfstelligen Geldbetrag zukommen. Beiden wird Betrug, Schwenker Untreue und Serdarušić Beihilfe zur Untreue zur Last gelegt.

Uwe Schwenker

51, ist gebürtiger Bremer. Er war Spieler und von 1993 bis 2009 Manager beim Handball-Rekordmeister THW Kiel. FOTO: DPA



Profi-Handballteam des THW Kiel sponsert. Oder auch die Sportredaktion der Kieler Nachrichten, die eine Wochenend-Kolumne eingerichtet hat „über den von wenig Souveränität und Gelassenheit geprägten Umgang des deutschen Handball-Rekordmeisters mit Uwe Schwenker“. So steht es auf der Website der Zeitung.

Seine Freunde könnten Schwenker helfen, wenn das Kieler Landgericht die Anklage gegen ihn für unzulässig erklärt. Für diesen Fall wäre es nicht verwunderlich, wenn Schwenker ein Comeback beim THW versucht. Ob das Landgericht ein Hauptverfahren eröffnet oder nicht, das berate die 5. Große

Um das Verfahren zu eröffnen, muss die Kammer einen hinreichenden Tatverdacht bejahen und eine Verurteilung als wahrscheinlich ansehen. Dass das Gericht mit der Eröffnung des Hauptverfahrens zögert, wird Schwenker Rückwind geben. Zumal Gerüchte in Kiel kursieren, denen zufolge Schwenker im Hintergrund sowieso zugegen ist. Über den Transfer des ungarischen Rückraumspielers Marko Vujin sagte er der FAZ: „Ich habe den Transfer auf den Weg gebracht.“ Und den Kieler Nachrichten sagte er in Bezug auf seine Rolle für den nationalen Handball: „Ich war nie wirklich weg.“ KLI

Sinkende Einwandererzahlen

ZUWANDERUNG Immer weniger Ausländer lassen sich in Niedersachsen nieder. Zahl seit 2000 fast halbiert

Immer weniger Ausländer zieht es nach Niedersachsen: Waren im Jahr 2000 noch 146.000 Menschen eingewandert, habe sich die Zahl im vergangenen Jahr auf 74.000 nahezu halbiert, teilte das Statistische Landesamt mit. Gleichzeitig sei die Zahl der Ausländer, die das Land wieder verlassen hätten, um 10.000 auf gut 66.000 gestiegen.

Grund dafür sei der wirtschaftliche Strukturwandel, sagte Thomas Straubhaar vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration der Nachrichtenagentur dpa. Die früher hoch arbeitssintensive Fahrzeugindustrie im Land sei „mittlerweile stark technisiert“. Daher hätten gering qualifizierte Menschen nun Probleme, einen Job zu finden.

In den Regionen Hannover und Lüneburg sind demnach mehr Ausländer fortgezogen als eingewandert. In Göttingen seien im Vorjahr deutlich mehr Menschen zu- als fortgezogen, in ländlichen Gebieten halte sich das Verhältnis die Waage.

Auffällig nannte eine Sprecherin des Statistikamtes, dass vor allem die 30- bis 50-Jährigen Niedersachsen wieder verlassen. Diese Gruppe mache die Hälfte der Fortzüge aus. Nur 15 Prozent der ausreisenden Ausländer sei 50 Jahre oder älter.

Vor allem die 30- bis 50-Jährigen kehren Niedersachsen den Rücken

Viele Ausländer wollten nicht mehr ihr gesamtes Berufsleben bis zur Rente bleiben, so Straubhaar. Diese Menschen könnten nicht mit den ersten Gastarbeitern aus den 1960er Jahren verglichen werden. (dpa)

Schock für Hamburger Grüne

KONFRONTATION Flüchtlinge aus dem Auffanglager Horst besuchen die GAL. Dort ist man über den Besuch überrascht – und weist jede Mitschuld an den Missständen im Lager von sich

VON STEFFI HENTSCHEK

Martin ist wütend. Selbstbewusst steht der Siebenjährige vor der Landesgeschäftsstelle der Hamburger GAL. „Ich will zur Schule gehen“, fordert er, „ich will Deutsch lernen!“ Martin ist serbischer Roma und zusammen mit seiner Familie vor vier Wochen nach Deutschland geflohen. Seitdem lebt er im „Erstaufnahmehorst“ Horst im Kreis Ludwigslust.



Will endlich Schreiben lernen: Martin, 7, aus Horst. Foto: Miguel Ferraz

„Familien dürfen dort gar nicht hin, die Zustände sind unerträglich“, sagt Franz Forsmann vom Flüchtlingsrat Hamburg. Besonders prekär sei die Situation für die vielen Kinder. „Wir haben kein Spielzeug, keine Stifte oder Papier“, sagt Martin. Er ist eines von rund 15 Kindern, die in Begleitung ihrer Eltern die GAL besuchten, die in Hamburg mitregiert. Horst dient auch als Auffanglager für Hamburg.

Lange hatten die Hamburger Grünen einen sozialeren Umgang mit den Asylbewerbern gefordert. „Seit sie an der Macht sind, wird eine allgemeine Flüchtlingspolitik zugunsten weniger Einzelfälle zurückgestellt“, sagt Dorothea Zirkel vom Flüchtlingsrat. Dabei sei die Sache eigentlich klar: Auch für Flüchtlingskinder gelte die Schulpflicht. „Der Hamburger Senat ist deshalb in der Pflicht, dass diese Kinder zur Schule gehen können“, sagt Zirkel.

hört in seiner Antwort. „darf ich Sie darauf hinweisen, dass diese an einen Wohnsitz in Hamburg anknüpft.“ Das sei bei den Flüchtlingen in Horst nicht gegeben. Tatsächlich gehört das Lager zu Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings bringt Hamburg dort seit Jahren „seiner“ Flüchtlinge unter, rund 110 sind es zurzeit. Offiziell bleibt niemand länger als drei Monate. Der Hansestadt fehlt es jedoch an Plätzen, um der

„Der Hamburger Senat ist in der Pflicht, dass diese Kinder zur Schule gehen können“

DOROTHEA ZIRKEL, FLÜCHTLINGSRAT

Besonders wütend ist der Flüchtlingsrat über einen Brief von Ralph Bornhöft (SPD), dem Chef der Bundesbehörde. Ihn hatte man angeschrieben, um auf das Problem aufmerksam zu machen. „Soweit es um die Schulpflicht geht“, schreibt Born-

zunehmenden Zahl von Flüchtlingen gerecht zu werden.

Antje Möller, die stellvertretende Vorsitzende der GAL-Fraktion und deren Flüchtlingspolitische Sprecherin, ist von dem spontanen Besuch aus Horst sichtlich überrascht. „Bevor wir Teil der Regierung wurden, wurden in Hamburg Plätze gezielt abgebaut“, versucht sie sich zu verteidigen. Die GAL habe erreicht, „dass dies aufhört“.

Eigentlich hatten die Gäste mit Schulsenatorin Christa Goetsch (GAL) sprechen wollen. Goetsch ist nicht da. Nun muss Möller im Konferenzraum Rede und Antwort stehen – vor laufender Fernsehkamera und den Blicken neugieriger Kinder. „Wenn die GAL nicht nach Horst kommt, kommt Horst eben zur GAL“, sagt Forsmann vom Flüchtlingsrat laut. „Aber Franz“, fällt Möller ihm ins Wort und schaut ihn dabei an, als hätte er gerade einen Rosenkrieg angezettelt.

Es dauert ein, zwei Minuten, bis die Politikerin sich wieder gefangen hat. Natürlich teilen ihr die Kinder leid, sagt sie. „Aber ich wehre mich gegen eine Schuldzuweisung.“ Möller berichtet von einem Antrag, der demnächst in der Bürgerschaft besprochen werden soll. Mehrere Objekte würden überprüft – dass die Unterbringung von Familien in einem Lager wie Horst nicht hinnehmbar sei, stelle die GAL nicht in Frage. „Aber wir haben einfach keinen Platz.“

Zum Schluss dürfen Kinder noch etwas sagen: „Meine Schwester ist krank“, sagt ein kleiner Junge, „sie hat Angst und braucht einen Arzt.“ Auch Martin hebt den Arm. Er wolle einfach nur schreiben lernen, sagt er.

Sohn und die Seinen sind zuversichtlich

WAHLKAMPF Niedersächsische Linkspartei rechnet mit kräftigem Zuwachs bei den kommenden Wahlen

Mit einer Vervielfachung ihrer Mandate rechnet die niedersächsische Linkspartei bei der Kommunalwahl 2011. „Bei der letzten Wahl 2006 haben wir 142 Mandate erhalten, wobei wir damals noch nicht geschlossen als Linke aufgetreten sind“, sagte Fraktionschef Manfred Sohn gestern in Hannover. „Wenn wir davon ausgehen, dass wir nur die 8,6 Prozent der Stimmen von der Bundestagswahl 2009 in Niedersachsen bekommen, müssten wir mehr als 2.900 Mandate gewinnen.“ Derzeit hat die Linke in Nie-

sachsen rund 3.500 Mitglieder. Um die gewonnenen Mandate auch besetzen zu können, wirbt die Partei derzeit landesweit um Mitglieder und Kandidaten.

Die großen Hoffnungen leiten Sohn und sein Stellvertreter Hans-Henning Adler auch von der Parteiarbeit ab: Die Fraktion habe 87 Anträge und 369 Anfragen in den Landtag eingebracht, sagte Adler. Zwar habe man sich mit Anträgen kaum durchsetzen können. „Aber allein unsere Anwesenheit hat dazu beigetragen, dass die SPD etwas sozialdemo-

kritischer und die Grünen etwas grüner geworden sind.“

Grundsätzlich habe sich das Verhältnis zu den anderen Parteien verbessert. „CDU und FDP haben Anfangs mit blankem Hass auf uns reagiert, doch wir haben uns Respekt verschafft“, so Adler. Die CDU sieht dies völlig anders: Die Linke habe sich in der Fundamentallösung verschänkt, erklärte CDU-Fraktionschef Björn Thümler. Sie falle auf „durch populistische Aktionen und Aufrufe zu Gesetzesverstößen.“ „Wir wollen die Schlagzahl

noch weiter steigern“, sagte Sohn mit Blick auf die restlichen zwei Jahre der Legislaturperiode und die folgende Landtagswahl. Man streite für die Bekämpfung von Armut, für eine gebührenfreie Bildung und gegen den „Privatisierungswahn“. Auch die Atompolitik von Land und Bund sowie die Finanznot der Kommunen seien Kernthemen.

„Wenn die Bedingungen stimmen“, sagte Sohn, der auf dem Parteitag im November auch für den Landesvorstand kandidieren will, „wollen wir nach der Wahl natürlich auch regieren.“ (dpa)